

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dinkoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Zelle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. August 1930

Friede in Indien ?

(Von unserem indischen Mitarbeiter.)

Inf. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Kalkutta, Ende Juli (Eig. Bericht)

Nichts charakterisiert die gegenwärtige Situation in Indien besser als die Vorgänge, die sich z. Zt. in seinen Gefängnissen abspielen. Zwar noch nicht dort, wo die armen Teufel schmoren, sondern dort, wo sich Gandhi und die übrigen Führer in Gewahrsam befinden. Ihre Zellen sind plötzlich zu der Rolle avanciert, die sonst den Wandelgängen der Parlamente oder den Arbeitsräumen der Staatsmänner und führenden Politiker zukommt. Gegenwärtig wird dort eifrig zwischen Gandhi, dem älteren und dem jüngeren Nehru sowie den übrigen eingekerkerten Führern der Bewegung zur Gehorsamsverweigerung mit Mittelspersonen der indischen Regierung über die Möglichkeiten eines Friedensschlusses verhandelt.

Die Bemühungen der Freunde Gandhis vom gemäßigten Flügel des indischen Nationalkongresses laufen hauptsächlich darauf hinaus, den Mahatma davon zu überzeugen, dass er einem schweren Irrtum unterlegen ist, als er den von Moskau her genährten Einflüssen der sogenannten Jungen wie Subhas Chandra Bose und Pandit Jawaharlal Nehru nachgegeben hat. Aus dem Misserfolg der Aktion scheinen nicht nur Gandhi selbst sondern auch die Nehrus, Vater und Sohn, die das Bindeglied zwischen dem schwankenden Führer und der äussersten Linken der indischen Nationalvertretung bildeten, gelernt zu haben, dass der Sperling der englischen Konzessionen in der Hand für Indien wichtiger ist als die auf einem sehr hohen Dache befindliche Taube einer allindischen Sowjetrepublik. Wenn sich die Entwicklung der nächsten Zeit tatsächlich unter diesem Gesichtspunkt vollzieht, dann hat England einen grossen Sieg errungen und die Aussichten auf eine dauernde Besserung der anglo-indischen Beziehungen sind erheblich gestiegen. Die elementare Voraussetzung hierzu liegt jedoch darin, dass die englische Labourparty ihrerseits die Konsequenzen für eine neue Taktik in der indischen Frage zieht. Ihr grosser Fehler hat darin bestanden, dass sie die Dinge erst soweit hat kommen lassen. Sie hat vor allem eines der wichtigsten Kampffelder, die indische Gewerkschaftsbewegung, kampflos der russischen Propaganda überlassen und sich damit begnügt, einzelne ihrer Führer gelegentliche Visiten in Indien abstatuen zu lassen, anstatt sich nach dem Muster Moskaus dadurch um dauernden Einfluss auf die indischen Arbeiter zu bemühen, dass sie eine fliegende Kolonne von unternehmenden jüngeren Kräften zum Aufbau und zur weiteren Organisation der mühsam um ihre Existenz ringenden Bewegung an Ort und Stelle dirigiert hat.

Zweifellos wird die erste Tat des neuen Vizekönigs, Sir Herbert Samuel, der über den nötigen Takt und die Erfahrung bei der Glättung von Wogen politischer Aufregung mit dem Oel einer grosszügigen Verständigungspolitik verfügt, im Erläss einer Generalamnestie bestehen. Auch die "Round Table Konferenz" wird zweifellos die Formel für ein brauchbares Kompromiss in den Angelegenheiten der Lokalverwaltung und vielleicht sogar in der Frage der Eingliederung Indiens in den Empireverband in einer Fassung finden, die eine organische Ent-

wicklung ohne revolutionäre Störungen in den Zustand eines gerechten Ausgleich der Interessen zwischen dem Mutterland und dem jüngsten Dominion ermöglicht. Dennoch werden alle diese Bemühungen nur für einen zeitlich begrenzten Übergangszustand ausreichen, denn ihre Wirkungen gehen nicht tief genug, um die Elemente der grossen Entwicklung zu beeinflussen, in der sich das Mutterland wie Indien befindet. Gleichzeitig mit der Wandlung der innern Zustände Indiens wird sich auch das System seiner bisherigen Verwaltung und selbst seiner Kontrolle von Kopf bis zum Fuss ändern müssen. Bisher haben der Soldat, der Missionar, der Kaufmann und der Jurist den bestimmenden Einfluss auf die anglo-indische Politik ausgeübt. Sie werden so schnell als möglich dem Arzt, dem Sozialreformer, dem Techniker und dem Arbeiterführer Platz machen müssen, für die Gleichberechtigung der Eingeborenen nicht das Ziel sondern die Voraussetzung ihres Handelns sein wird.

Indien ist zwar heute immer noch ein Land, dessen ökonomische Basis die Landwirtschaft ist. Dieser Zustand, wenigstens in seiner heute bestehenden Form, wird sich jedoch sehr bald ändern. Die Organisation der indischen Industrie in verschiedenen grossen Städten schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Die Entwicklung des Verkehrs hat die Schranken zwischen Stadt und Land beseitigt. Mit der Gewährung des Wahlrechts für die Provinziallandtage und die Indische Gesetzgebende Versammlung ist unter der Landbevölkerung ein durch die Verbreitung der Presse gesteigertes politisches Bewusstsein erwacht. Stärker aber als durch alle andern Faktoren wird der indische Bauer durch die Notwendigkeit aufgerüttelt werden, seine Produktionsweise und seine Lebensform den von Grund auf veränderten Bedingungen der Weltwirtschaft anzupassen. Weizen, Baumwoll- und Jutekrisen werden das kulturelle und soziale Antlitz Indiens einschneidender verändern als es je durch kriegerische Invasionen und religiöse Umwälzungen der Fall gewesen ist. Die anglo-indische Verwaltung wird sich den Bedürfnissen der im Werden begriffenen indischen Welt schliesslich wohl oder übel anpassen müssen.

Eine Politik der Freiheit und Gerechtigkeit Indien gegenüber wird sowohl den direkt Beteiligten wie der übrigen Menschheit die Nöte erleichtern, die aus den Geburtswehen der neuen Gesellschaft entstehen müssen. Sie ist deshalb nicht nur um der Menschlichkeit willen sondern um des elementarsten Nutzens willen zu fordern. Das, was England unter dem Druck Indiens wie des Gewissens der öffentlichen Meinung der ganzen Welt in der indischen Frage zu tun gedenkt, kann deshalb nicht das Ende seiner Leistungen in Indien sein, sondern der schüchterne Anfang einer neuen Phase seiner gesamten Kolonialpolitik. Die Art und Weise wie das indische Problem nach den Wirkungen der ersten so dringend nötigen Beruhigungsspielle von England begriffen werden wird, kann erst die wirkliche Entscheidung darüber bringen, ob sich aus dem gegenwärtigen Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden der Zustand einer endgültigen Beruhigung Indiens herausbilden wird.

SPP. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass die Hugenberg-Presse nicht irgend einen "Zustrom zur Deutschnationalen Volkspartei" meldet. Was "abströmt", wird natürlich nicht verzeichnet. Aber sehen wir uns den "Zustrom" der letzten Tage einmal an. Da rinden wir:

General der Artillerie Krafft v. Dellmensingen,
General der Infanterie Otto v. Below,
General Rossbach,
Admiral a.D. Rebeur-Paschwitz,
Graf Münster.

Diesen "Zustrom" gönnen wir Herrn Hugenberg von ganzem Herzen. Hält er an, dann werden die Strategen des verlorenen Weltkrieges bald restlos um den Totengräber der Deutschnationalen Partei versammelt sein: die endgültige Zer-

Trümmerung des deutschnationalen Parteigebildes kann beginnen. Die Gemeinschaft zwischen dem Totengräber Hugenberg mit den abgetakelten Offizieren der alten Armee ist aber zugleich auch ein Zeichen dafür, dass die Grosspensionäre der Republik die schlimmsten Feinde des republikanischen Staates sind.

SPD. Paris, 6. August (Eig. Drahtb.)

Im Quai d'Orsay wird z. Zt. eifrig an dem Bericht über die Antworten gearbeitet, den Briand den 26 europäischen Nationen, die zu seinem Memorandum Stellung genommen haben, noch vor Ende August zugehen lassen will.

Über die Tragweite und den Wert der eingetroffenen Antworten scheint die Umgebung Briands nicht ganz einheitlicher Meinung zu sein. Briand selbst soll sich mit der Absicht tragen, um jeden Verdacht zu vermeiden, als ob es sich bei seinem Plan in irgend einem Sinne um ein Konkurrenzunternehmen zum Völkerbund handle, den europäischen Mächten vorzuschlagen, dass sie sich in Genf vor der Eröffnung der diesjährigen Völkerbundsversammlung zu einer kurzen Besprechung zusammenfinden. Im Verlauf dieser Besprechung soll beschlossen werden, die ganze Materie auf die Tagesordnung der Vollversammlung des Völkerbundes zu setzen. Die Vollversammlung kann dann nach dem Abschluss der Debatte, an der sich auch die nichteuropäischen Nationen beteiligen sollen, die Rückverweisung der Materie an eine Unterkommission beschliessen. Diese Kommission soll ein Studienkomitee ernennen, das bis zur nächsten Völkerbundsversammlung im Jahre 1931 einen ausführlichen Bericht ausarbeiten soll, der praktische Beschlüsse im Rahmen und im Auftrage des Völkerbundes ermöglicht und damit den ersten Schritt auf dem Wege zu einer einheitlichen Organisation bilden würde.

SPD. München, 6. August (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat nun zum Gegenhieb gegen die Diktaturgelüste des Rumpfkabinetts Held ausgeholt. Sie fordert in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Ältestenrates und legte gleichzeitig einen Initiativgesetzentwurf vor, durch den die nach den Methoden der Reichsregierung gegen den eindeutig bekundeten Mehrheitswillen des Landtages erlassene Schlachtsteuernotverordnung ausser Kraft gesetzt werden soll. Bleiben die Gegner der Schlachtsteuer bei ihrer bisherigen Haltung, dann wird die Notverordnung, noch ehe sie wirksam wurde, in der Versenkung verschwinden.

SPD. Der Überwachungsausschuss des Reichstages nahm am Mittwoch mit 16 gegen 12 Stimmen folgenden Antrag der Regierungsparteien an:

"Der Ausschuss erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig."

Die Sozialdemokratie hatte folgenden Antrag eingebracht: "Die Verordnungen vom 26. Juli 1930 widersprechen der Reichsverfassung". Die Kommunisten hatten die sofortige Aufhebung der Notverordnung beantragt.

Im Verlauf der Debatte trat der Abg. Rosenfeld (Soz) der Auffassung entgegen, dass der Ausschuss zur Erörterung der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht zuständig sei. Die Verordnung sei nicht nur vom Reichspräsidenten unterzeichnet, sondern auch von sämtlichen Reichsministern, die damit die staatsrechtliche und politische Verantwortung für die Verordnungen übernommen hätten. Der zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung eingesetzte Ausschuss des Reichstags sei infolgedessen berechtigt,

gegenüber der Reichsregierung zu dem Erlass der Verordnungen Stellung zu nehmen. Allerdings habe der Ausschuss nicht dasselbe Recht, wie das Plenum des Reichstags, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, er habe aber das Recht, zu den Verordnungen Stellung zu nehmen, Man solle doch auch eine so wichtige Erörterung nicht an Formalien scheitern lassen, Es gehe deshalb nicht an, dass der Ausschuss einer sachlichen Debatte ausweiche. Der Ausschuss müsse Gelegenheit haben, zur Frage der Verfassungsmässigkeit der Verordnungen Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion habe schon in dem früheren Reichstag die alten Verordnungen für verfassungswidrig erklärt, Die jetzt erlassenen Verordnungen seien teilweise noch reaktionärer und erst recht verfassungswidrig.

Abg. Keil gibt für die Sozialdemokratie folgende Erklärung ab: "Die Sozialdemokratische Fraktion des inzwischen aufgelösten Reichstags hat mit aller Deutlichkeit die verfassungswidrigkeit der Verordnungen vom 16. Juli 1930 nachgewiesen und die Aufhebung dieser Verordnungen gefordert, Nachdem die Mehrheit des Reichstags dem sozialdemokratischen Antrag beigetreten und der Reichstag infolgedessen aufgelöst war, sind neue, mit den aufgehobenen im wesentlichen übereinstimmende Verordnungen erlassen worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschusses halten im Einklang mit ihren politischen Freunden die neuen Verordnungen für ebenso verfassungswidrig wie die alten, Die neuen Verordnungen weisen in vielen Punkten einen noch sozial- und wirtschaftsfeindlicheren Charakter auf als die alten. Da dem Ausschuss nach der Reichsverfassung die Machtbefugnis nicht gegeben ist, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, ist es nunmehr Sache der deutschen Wählerschaft, einen neuen Reichstag zu wählen, der dafür sorgt, dass in Zukunft unter Wahrung der Reichsverfassung eine Politik getrieben wird, die nicht den verschiedenen Interessentenhäufen, sondern den Massen der Bevölkerung dient."

Abg. Emminger (B.V.) führt aus, dass der Ausschuss mangels Zuständigkeit auch zur Verfassungsmässigkeit der Verordnungen nicht Stellung nehmen könne. - Abg. Meyer (Staatspartei) beantragt eine Unterbrechung der Verhandlungen, um den Regierungsparteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber den sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen zu geben. - Es folgt eine Pause von zehn Minuten.

In der neuen Sitzung bringen die Regierungsparteien den oben wiedergegebenen und später angenommenen Antrag ein.

Abg. Rosenfeld (Soz) spricht sein Bedauern darüber aus, dass die Regierungsparteien mit ihrem Antrag einer sachlichen Beratung ausweichen. Gerade der Ausschuss, dem die Wahrnehmung der Rechte der Volksvertretung anvertraut sei, sollte mit den Rechten des Reichstages nicht so umspringen. Allerdings passe zu dem Verhalten der Regierungsparteien, dass nicht ein einziger Minister erschienen sei. Sie seien sämtlich für die Verordnungen verantwortlich, auch wenn sie sich jetzt hinter den Reichspräsidenten zu verkriechen suchten. Dabei sei die Idee zum Erlass der Verordnungen sicherlich nicht im Kopfe des Reichspräsidenten entstanden. Es mache einen merkwürdigen Eindruck, dass die Regierung nicht selbst zu den Verordnungen stehe und die Regierungsparteien der Beratung formale Einwendungen entgegensetzten. Nachdem der Reichstag einmal die Aufhebung der Verordnungen beschlossen habe, sei der neue Erlass der Verordnungen offensichtlich verfassungswidrig. Sonst könnte eine Regierung jedesmal, wenn ein Reichstag die Aufhebung der Verordnung beschlossen habe, sie wieder von neuem erlassen. Das ganze Verhalten der bürgerlichen Parteien passe ganz zu der Verfassungswidrigkeit der Verordnungen. Eine Verfassungswidrigkeit folge auf die andere. Jetzt schicke sich die Regierung an, eine grosse Verfassungsfeier zu veranstalten. Die beste Verfassungsfeier würde es sein, wenn die Regierungsparteien hier, wo es darauf ankomme, die Verfassung schützten. Wenn sie das nicht täten, werde ihnen das Volk am 14. September die gebührende Antwort geben. - Abg. Meyer (Staatspartei) findet es natürlich, dass die Reichsminister der Sitzung ferngeblieben sind.

Zu Beginn der Sitzung beschäftigte sich der Ausschuss mit Anträgen auf Aufhebung der Immunität einiger kommunistischer Abgeordneten und einer Verordnung zur Kennzeichnung von Mischbrot. Vor Eintritt in die Beratung über die Immunitätsanträge beantragten die Kommunisten die Zurückstellung dieses Punktes der Tagesordnung hinter die Beratung über die Notverordnungen, offenbar weil sie befürchteten, dass einige kommunistische Abgeordnete den gegen sie schwebenden Strafverfahren preisgegeben würden. Nach Ablehnung dieses kommunistischen Antrages beantragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz) als Berichterstatter die Ablehnung sämtlicher Anträge auf Aufhebung der Immunität, weil diese Anträge in keiner Weise als dringlich anzusehen seien und deshalb die Entscheidung dem kommenden Reichstag überlassen werden müsse. Nachdem Abg. Bell (Z) der Auffassung Rosenfeld beigetreten war, beschloss der Ausschuss einstimmig dem Antrage des Berichterstatters zu folgen. - Die Verordnung über die Kennzeichnung des Mischbrots wurde gegen den Widerspruch eines deutschnationalen Bäckermeisters einstimmig angenommen.

SPD. London, 6. August (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der in England registrierten Arbeitslosen ist auf 2 011 467 gestiegen. Seit Juni 1921 ist eine derartige Ziffer nicht mehr erreicht worden.

SPD, Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsstimmordnung lässt bei Reichstagswahlen eine nach dem Geschlecht der Wähler getrennte Stimmabgabe zu. Für kleine Gemeinden ist die getrennte Stimmabgabe nicht unbedenklich, da sie das Wahlgeheimnis gefährden kann. Der Reichsminister des Innern hat daher die Landesregierungen ersucht, bei allen auf eine getrennte Stimmabgabe abzielenden Anordnungen besonders sorgfältig zu prüfen, ob eine getrennte Stimmabgabe ohne Gefährdung des Wahlgeheimnisses angeordnet werden kann. Eine Trennung der Wahlberechtigten nach Geschlechtern kann zur Vermeidung einer Verletzung des Wahlgeheimnisses nur in solchen Gemeinden vorgesehen werden, die nach ihren Gesamtverhältnissen hierzu geeignet sind, d. h. wo durch die Grösse der Stimmbezirke und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse eine Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl ausgeschlossen ist.

SPD. Saarbrücken, 6. August (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch Vormittag ereignete sich im Abbaustoss der Grube "Klarental" bei Saarbrücken eine Schlagwetter-Explosion, durch die ein Arbeiter getötet und 17 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die verunglückten Arbeiter konnten bald nach der Explosion geborgen und in das Knappschaftslazarett Zeltingen übergeführt werden. Auf dem Wege nach dort starb der schwerverletzte Arbeiter Matthias Raber, dessen Bruder ebenfalls schwere Brandwunden erlitt. Auch die Verletzungen der übrigen verunglückten Arbeiter bestehen in Brandwunden.

Wie die Bergbehörde mitteilt, wird die Arbeit in dem Unglücksschacht bereits am Donnerstag wieder aufgenommen werden.

SPD. Paris, 6. August (Eig. Drahtb.)

Den letzten Meldungen aus dem nördlichen Industrievier zufolge ist die Zahl der Streikenden seit Dienstag ziemlich stetig geblieben. In Roubaix haben sich vier Fabriken bereit erklärt, die Abgaben für die Sozialversicherungs-

kasse von sich aus zu decken. Die Belegschaften nahmen daraufhin die Arbeit wieder auf, während sich die Belegschaft einer Textilfabrik in Fourmies in Stärke von 500 Mann dem Generalstreik anschloss. Die Zahl der Streikenden wird allein in der Umgebung von Roubaix auf etwa 69 000 geschätzt.

Wie der "Temps" meldet, haben sich die Transporte von Streikbrechern aus Belgien inzwischen stark vermindert. Ein Teil der belgischen Arbeiterschaft hat aus Furcht vor der Wiederholung von Zwischenfällen, wie sie sich am Dienstag an der belgisch-französischen Grenze abspielten, die Reise nach Frankreich verweigert.

SPD. Schwerin, 6. August (Eig. Drahtb.)

Die mecklenburgische Rechtsregierung, die von den Nationalsozialisten und Völkischen abhängig ist, hält in diesem Jahre keine Verfassungsfeier ab. Sie hat jedoch angeordnet, dass die staatlichen Gebäude beflaggt werden. Im vorigen Jahr war es umgekehrt. Damals wurde die Verfassung "gefeiert", während eine Beflaggung der Staatsgebäude nicht erfolgte.

SPD. Kassel, 6. August (Eig. Drahtb.)

Die Firma Henschel & Sohn, A.-G. in Kassel hat die Genehmigung zur Entlassung von 800 Arbeitern und Angestellten nachgesucht und erhalten. Der Antrag wird mit Auftragsmangel in der Lokomotiven-Fabrikation begründet.

SPD. Angora, 6. August (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Aleppo brachen am Mittwoch wiederum Kurdenbanden in türkisches Gebiet ein, zerstörten die Telefon- und Telegrafleitungen und erliesen gleichzeitig einen Aufruf zur Bildung eines unabhängigen Turkestan. Die aus dem Irak in die türkische Provinz Hakkari eingedrungenen Kurdenbanden vermochten sich bisher gegen die türkischen Truppen zu behaupten.

Die bereits für Mitte Juli angesetzte türkische Gegenoffensive ist bisher angeblich nicht erfolgt, weil die türkische Regierung zunächst die Antwort der persischen Regierung auf die letzte Note der Türkei abwarten will.

SPD. Paris, 6. August (Eig. Drahtb.)

Die frühere Direktorin der "Gazette du Franc", Frau Marthe Hanau, macht in letzter Zeit wieder von sich reden. Sie hat sich nach ihrem abenteuerlichen Hungerstreik, der ihr zu dem angestrebten Ziel der Haftentlassung verhalf, überraschend schnell erholt und eine neue Finanzzeitschrift, "Le Force", gegründet, die eine rapide Entwicklung genommen hat. In der letzten Nummer dieser Zeitschrift hat Frau Hanau angekündigt, dass sie sich aufs neue mit Finanzoperationen im grossen Masstabe befassen wolle. Jetzt soll sie im Zentrum von Paris auf dem Börsenplatz ein grosses Gebäude erworben haben, in dem sie die Geschäftsräume ihrer neuen Gründung unterzubringen beabsichtigt.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat am Mittwoch mit führenden Persönlichkeiten der privaten und gemeinwirtschaftlichen Bauwirtschaft die Frage der Verbilligung des zusätzlichen Wohnungsbaus besprochen. Eine Hauptmöglichkeit zur Verbilligung sah man allgemein in den Vorschriften des Reichs, die

eine Vereinfachung der Wohnungen im Auge haben. Desgleichen versprach man sich von einer Vereinfachung der baupolizeilichen Bestimmungen und der behördlichen Kosten einiges für die Senkung der Baukosten. Die Besprechung soll im engeren Kreis fortgesetzt werden.

SPD. Bochum, 6. August (Eig. Drahtb.)

In Gladbeck kam es in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch zwischen ungefähr 30 Kommunisten und 15 Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf zahlreiche Schüsse gewechselt wurden. Ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt und musste ins Krankenhaus gebracht werden. Auch zahlreiche Kommunisten erlitten Verletzungen. Die Hauptträdelsführer wurden am Mittwoch festgenommen.

SPD. Malchin (Meckl. Schwerin),
6. August (Eig. Drahtb.)

Anlässlich eines Treffens früherer Baltikumkämpfer kam es hier zu einer grossen Schlägerei mit Kommunisten. Die Streitenden schlugen mit Zaunlatten, Steinen, Gummiknütteln usw. aufeinander ein. Mehrere Personen erlitten zum Teil schwere Kopfwunden.

SPD. Dresden, 6. August (Eig. Drahtb.)

In der Gründungsversammlung der Dresdener Konservativen Volkspartei führte der bisherige deutschnationale Abgeordnete Dr. Rademacher u.a. aus: "Nur die Angst vor der hemmungslosen Agitation der Nationalsozialisten hat die Haltung der Deutschnationalen unter Führung Hugenberg's inner- und ausserhalb des Reichstags bestimmt. Es ist soweit gekommen, dass das Stirnrunzeln Hitlers für Hugenberg bestimmender ist als der Rat und die Warnung derjenigen, die bis zuletzt treu zur deutschnationalen Sache gehalten haben."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Vom England der Arbeiter.

Ein kleiner Bilderbogen - Der Hauptgewinn - Arbeiterkünstler - Helden des Alltags.

SPD. In dem kleinen englischen Städtchen Barnstaple war neulich abends die ganze Bevölkerung auf den Beinen, Dieser feierliche Empfang galt zwei schlichten Arbeitern, einem Strassenkehrer und einem Lokomotivführer, die von London zurückkamen und mit männlichen "Hochs" und weiblichen Küssen begrüsst wurden.

Die beiden kamen nicht mit leeren Händen. Sie hatten einen Scheck über die Kleinigkeit von 61000 Pfund Sterling (1.220.000 Mark) in der Tasche. Das ist der halbe Hauptgewinn auf den Sieger im populärsten englischen Pferderennen, dem Derby. Die Summe verteilt sich auf neun Teilnehmer - alle neun sind Arbeiter, vier von ihnen Lokomotivführer, einer ist Gepäckträger, einer Strassenreiniger, zwei sind Weichensteller, und einer ist Angestellter in einer Automobilfabrik. Sie hatten fünf aufregende Wochen hinter sich. Auf die erste Nachricht von ihrem Riesengewinn, die natürlich entsprechend gefeiert wurde, folgte die Schreckensbotschaft; es handle sich um ein Missverständnis!

Aber ein englischer Arbeiter lässt sich so schnell nicht entmutigen. Sie gaben - um im Bilde zu bleiben - das Rennen nicht auf, und auch dann, als das grosse Glück sich bestätigte, behielten sie einen klaren Kopf. "Na, da haben wir endlich den Teig", sagte Hogg, der Lokomotivführer, den vermutlich sein verantwortungsvoller Beruf zur Kaltblütigkeit erzogen hat. Ein Betrag von 133.333 Mark ist schliesslich kein Pappenstiel. Die beiden Arbeiter aus Barnstaple, Hogg und sein Schwager Lock, wollten nichts von Reportern und Pressephotographen wissen, sondern liessen sich aus Lloyds Bank durch eine Hintertür hinausführen. Dann setzten sie sich in Paddington Station in einen Wagen dritter Klasse und drehten sich aus ihrem geringen Tabak ihre Zigaretten. Werden sie sich eine Sommerreise gönnen? Werden sie in ihrem schweren Berufe weiterschiften? Sie zucken die Achseln; sie wissen es nicht. Sie wissen nur, dass sie alle neun vernünftige Burschen sind, die keine Dummheiten machen werden. "Wir waren lange genug in aller Leute Munde - jetzt wollen wir endlich wieder einmal in Vergessenheit geraten!" Das ist ihr einziger Wunsch.

Die wackeren Burschen unterscheiden sich sehr vorteilhaft vom "Eisernen Gustav", dem Berliner Droschkenkutscher, der seinerzeit nach der erfolgreichen Fahrt nach Paris sich zu einer recht widerwärtigen Reklame hat miss brauchen lassen.

+ + +
Wieviel Talent und Tüchtigkeit in diesem englischen Arbeitervolke steckt, das hat kurz vorher ein bürgerliches Blatt, der "Daily Express", mit grosser Verwunderung festgestellt: Ein Fischhändler kann Blumenstücke malen, ein Tischler Porträts, ein Töpfer entwirft Szenenbilder für die Opernbühne, ein Mann, der auf dem Markt mit Uhren hausieren geht, kann Karikaturen zeichnen. Eine Kunstaussstellung im Osten Londons, in Betnal Green, hat dem Blatte diese Kenntnis vermittelt. Da hat ein zwanzigjähriger Schreiner mit dem deutschen Namen Grossmann vom Magistrat ein Stipendium von 3000 Mark für drei ausgestellte Bilder bekommen. Da hat ein Fensterputzer zwei höchst beachtenswerte Landschaften gemalt. Der Künstler selber liegt mit gebrochenen Rippen im Krankenhaus; er ist von einer Leiter gestürzt und kann seinen Erfolg nicht geniessen. Ein junger Tischler wollte boxen lernen, hat sich dann aber, als er andere junge Leute in der gleichen Schule malen sah, für die Kunst begei-

stert und Sport Sport sein lassen. Ein taubstummer Lackierer wollte seine Sonnenuntergänge, die an den grossen Turner erinnern, nicht herausgeben, mit der Begründung, für die Ausstellung in Bethnal Green seien sie nicht gut genug. Dabei erschienen sie einem der grössten Kunsthändler, dem Inhaber der weltbekannten Firma Duveen, "gut genug", sie in seinem Salon im Westen auszustellen. Und schliesslich hat ein Erdarbeiter die gleiche nüchterne und öde Strasse in romantischer Verklärung, bei nächtlichem Licht gemalt, die er tagsüber mit seiner Spitzhacke aufbuddeln muss. Man sollte meinen, er müsste diese Strasse hassen. Aber nein; er liebt sie. Es drängt ihn, sie zu idealisieren....

Die grosse bürgerliche Zeitung, die sonst nur Lords und Baronets bewundert, ist sprachlos: wer hätte diesen verachteten, unbekanntem Proletariern von Bethnal Green, dem Scheunenviertel Londons, so etwas zugetraut!

+ + +

Zwei kleine anspruchslose Berichte, die leicht übersehen werden, die aber beherzigenswerter sind als der spaltenlange Gesellschaftstratsch einer gewissen Presse:

In Liverpool hat ein Eisenbahnvorarbeiter namens Lunt, ein sechzigjähriger Mann, auf seine Pensionierung verzichtet, weil er seinem Sohne über das Universitätsexamen hinweghelfen wollte. Der Sohn bestand sein Examen mit Auszeichnung. Die Familie war glücklich. Endlich erklärte sich der Vater bereit, in den Ruhestand zu treten. Aber bevor er seinen Entschluss ausführen konnte, wurde er beim Weichenstellen von einer Lokomotive erfasst und zermalmt.

Eine Frau Franklin fuhr jeden Abend, ob es regnete oder schneite oder der berühmte Londoner Nebel die Strassen verfinsterte, von ihrer Wohnung an die Arbeitsstelle ihres Mannes, eines Chauffeurs. Dreissig Jahre hindurch tat sie das: "Das ist mein Ausgang", sagte sie mit strahlendem Gesicht. Sie war 57 Jahre alt, wohl nicht mehr sicher auf den Beinen, genug: eines Abends, als sie wieder ihren gewohnten Omnibus besteigen wollte, kam sie unter die Räder eines Lastautos und war wenige Minuten später tot. "Ich weiss nicht, was ohne sie aus mir werden soll", jammerte der fassungslose Mann. "Sie war so lieb, so lieb....."

+ + +

Das Attentat der G.P.U.

Der Fall Smoylow - Diebstahl oder politisches Manöver?

SPD. Berlin, 6. August (Eig. Bericht)

Die Kette der Skandale in der sowjetrussischen Handelsvertretung reisst nicht ab. Auf dem letzten kommunistischen Parteitag in Moskau führte ein Redner bewegte Klage über die "Versumpfteit" und "Verlotterung" der russischen Handelsvertretungen im Ausland. Der gute Mann hatte allen Grund dazu; in Berlin; in Wien, in Paris und in New York, überall stinkt es so aufdringlich, dass die Kommissäre der G.P.U. alle Hände voll zu tun haben, um die Bestechungs- und Korruptionsskandale in diesen bolschewistischen "Musterkolonien", die dem Ausland angeblich mit gutem Beispiel vorangehen sollen, einigermaßen zu verschleiern. - Der neueste Skandal des Generaldirektors der "Russavstorg"-Aktiengesellschaft in Wien, Iwan Smoylow, hat überall ungewöhnliches Aufsehen erregt. Der Mann wurde am Dienstag abend in einem sehr exklusiven Hotel Unter den Linden verhaftet und uns Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Herr Smoylow wird beschuldigt, 20 000 Dollar unterschlagen zu haben.

Der Gesellschaftsbolschewik.

Iwan Smoylow war in Wiener Gesellschaftskreisen eine sehr bekannte Persönlichkeit. Der Generaldirektor, der sich zwar offiziell begeistert zum Stalinismus bekannte und über alles verächtlich sprach, was nach Reformismus oder gar Bourgeoisie roch, war in seinem Privatleben ein Mann, der die Genüsse der abendländischen Kultur in keiner Weise verschmähte. In Spieler- und Lebeweltkreisen war Herr Smoylow nicht unbekannt, er führte ein grosses Haus

und soll selbst weit über seine Generaldirektoren-Verhältnisse gelebt haben. Durch raffinierte Buchführungs-fälschungen gelang es ihm angeblich, seine Unterschlagungen viele Monate hindurch zu vertuschen. Schliesslich wurde man aber in Moskau auf Smoylows Betrügereien aufmerksam und schickte einen Agenten der G.P.U. nach Wien, der höchst persönlich Ordnung schaffen sollte. Der Agent stiess, wie nicht anders zu erwarten war, auf den Widerstand des Generaldirektors, der ihm keine Einsicht in seine Bücher geben wollte. Es soll im Anschluss an diese peinliche Revision zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Agenten und dem Generaldirektor gekommen sein, die Sowjets taten aber alles, um die Affäre möglichst intern auszubaden. Der G.P.U.-Mann erstattete in Moskau Bericht, während Smoylow nach Berlin ging, angeblich, um die Berliner Niederlassung der "Russavstorg"-A.G. zu liquidieren, wahrscheinlich jedoch, um sich einem evtl. Zugriff von G.P.U.-Spitzeln zu entziehen.

Der Ruf aus Moskau.

Vor kurzer Zeit erhielt der betrügerische Generaldirektor aus Moskau den Befehl, sich unverzüglich zur "Berichterstattung" in Moskau einzufinden. Man weiss, was es mit diesen Berichterstattungen vor der G.P.U. auf sich hat. Dem Generaldirektor, der 20 000 Dollar unterschlagen hatte, wäre bei Erscheinen in Moskau der Tod durch Erschiessen sicher gewesen. Smoylow, der keine Neigung hatte, seine 20 000 ergaunerten Dollar und sein Leben dazu aufs Spiel zu setzen, gab nach Russland Bescheid, dass es ihm vorerst "unmöglich" sei, der Moskauer Aufforderung zu folgen. Darauf beschlagnahmten die bolschewistischen Behörden sein Privatvermögen, während Smoylows Gattin, die als Sekretärin bei der russischen Handelsvertretung in Berlin beschäftigt ist, fristlos entlassen wurde.

Die Verhaftung.

Dann unternahmen die Russen einen Schritt, den sie sonst ungern tun. Sie alarmierten die Wiener und Berliner Kriminalpolizei und zeigten Smoylow wegen Unterschlagung an. In Verfolgung dieser Anzeige entdeckten zwei Kriminalbeamte den Russen am Dienstag abend in einem grossen Berliner Hotel und nahmen ihn fest. Die russische Regierung will nun das Auslieferungsbegehren stellen, um Smoylow in ihre Hände zu bekommen. Da gemeine Verbrecher nach den bestehenden Abmachungen ausgeliefert werden, das Vergehen des Generaldirektors aber nicht politischer, sondern krimineller Natur ist, wird dem Ersuchen der russischen Behörden wohl entsprochen werden. Womit das Schicksal Smoydows besiegelt erscheint.

Smoylows Gegenangriff.

Der Verhaftete bestreitet, sich kriminell strafbar gemacht zu haben und erklärte bei der ersten Vernehmung, dass er nichts unterschlagen, sondern nur zur Sicherung ihm zustehender Gelder eine bestimmte Summe zurückbehalten habe. Das Ganze sieht er als einen politischen Streich der G.P.U. an, die ihn unschädlich machen wolle, weil er zur Opposition gehöre. Sollte Smoylow, der behauptet, für den politischen Hintergrund der Moskauer Aktion Beweise zu haben und sie durch seinen Verteidiger, den Justizrat Werthauer, erbringen will, tatsächlich im Recht sein, so müsste man allerdings sagen, dass Moskau mit wirklich beispiellos unfairen Mitteln die Wiener und Berliner Kriminalpolizei zu einer innerparteilichen russischen Intrige missbraucht hat.

Kutiepoff Nr. ? ?

Sehr interessant in diesem Zusammenhang ist der neueste Skandal in der russischen Handelsvertretung in Paris. Dort ist dieser Tage der Chefbuchhalter Fainberg entlassen und aufgefordert worden, in Moskau zu erscheinen und sich zu verantworten. Fainberg lehnte ab, nach Russland zu kommen und ist seit Dienstag abend spurlos verschwunden. Man nimmt an, dass Fainberg von tschekistischen Agenten entführt worden und schon auf dem Wege ins "russische Paradies" ist und man hält es für ausgeschlossen, dass der Verschwundene freiwillig die Reise nach Moskau angetreten hat.

Volkszählung in USA. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Volkszählung in USA hat sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten in den letzten zehn Jahren um 16,1 Prozent vermehrt und beläuft sich auf 122 728 837 Einwohner.

+ + +
Hundert Soldaten vergiftet. In Wilna erkrankten 100 Soldaten eines dort stationierten polnischen Infanterieregiments an schweren Vergiftungserscheinungen. Die Vergiftungen sind auf den Genuss von verdorbenem Fleisch zurückzuführen.

+ + +
Vom Propeller erfasst. In Lemberg wurden zwei Mechaniker von dem Propeller eines Flugzeuges erfasst und schwer verletzt. Ihr Zustand wird als hoffnungslos bezeichnet.

+ + +
Oldenburg in Mäusenot. Aus dem Oldenburger Land werden Notschreie über eine Mäuseplage laut. Vertreter der Landwirtschaft haben die oldenburgische und die Reichsregierung gebeten, das Oldenburger Land als Notstandsgebiet zu erklären. Ueber Marsch- und Moo-weiden und Aecker ist eine furchtbare Plage hereingebrochen, da sich die dort vorkommenden Nager in der letzten Zeit derart vermehrt haben, dass man grosse Besorgnis um die Ernte hegt. In einem Teil der Wesermarsch hat man kaum noch ausreichend Futter für das Vieh und ist zu Massenverkäufen auf den Märkten gezwungen. In dem erwähnten Gebiet sind auf einen Quadratmeter guten Boden Dutzende von Löchern der kleinen gefährlichen Feld- und Spitzmäuse zu finden; so grub ein Landwirt auf einem Fleck von vier Quadratmetern 368 Mäuse aus. Auch die beiden Aemter Brake und Elsfleth am oldenburgischen Unterweserufer sind vollkommen "vermaust". Welchem Zuge die Tiere folgen ist unbekannt. Sie vermehren sich ungeheuer schnell, setzen sich über Flüsse und Bäche hinweg und haben auch den Küstendeich verhängnisvoll durchwühlt.

+ + +
Kommunisten auf der Anklagebank. Vor dem Landgericht III in Berlin begann am Mittwoch die Verhandlung gegen die kommunistischen Arbeiter Willy Voigt, Joseph Howanski, Karl Scharf und Otto Hanach, die des gemeinschaftlichen Totschlages an dem Stahlhelmer Heinz Malchert beschuldigt werden. Das Verbrechen trug sich am 12. August vorigen Jahres in der Nähe von Wustermark (Mark) zu, blieb aber anfangs unaufgeklärt. Zu Beginn dieses Jahres stellte sich der Angeklagte Scharf der Polizei und gestand die Tat. Der Tatbestand selbst ist noch in keiner Weise geklärt. Einer der Angeklagten sucht die Schuld auf den andren zu schieben. Da eine grosse Anzahl von Zeugen zu vernahmen ist, wird die Verhandlung mindestens zwei Tage dauern.

+ + +
Revolte um Baseball. Im Gefängnis Welfar Island (USA) kam es im Verlauf eines Baseball-Spiels zu schweren Krawallen, in deren Verlauf die Gefangenen mit Baseballstöcken und Bleirohren aufeinander einschlugen; 50 Gefangene wurden zum Teil schwer verletzt. Das Gefängnis auf Welfar Island hat schwarze und weisse Insassen. Die Schwarzen machten alleinige Besitzrechte auf den Baseballplatz geltend. Die Weissen liessen sich das nicht gefallen. So kam es zum Kampf, in den die Gefängnisdirektion, die einen allgemeinen Ausbruchversuch befürchtete, mit Dampfspritzen und Tränengasbomben eingriff.

+ + +
Regen in USA. Amerika atmet erleichtert auf: in einigen Gebieten von USA. kam es zu wolkenbruchartigen Niederschlägen. Die Wetterbüros warnen jedoch vor zu grossem Optimismus. Sie glauben, dass die Abkühlung nur vorübergehend ist und es schon in den nächsten Tagen wieder ausserordentlich heiss sein wird.



Brauns über Sozialpolitik.

Und worüber er nicht sprach.

SPD. Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der sozialpolitische Führer des Zentrums, sprach auf der Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter in Aachen über die Kämpfe und die Wertung der Sozialpolitik. Er berührte die Fragen des Schlichtungswesens und streifte auch kurz die Lohnpolitik, wobei er hervorhob, dass die Löhne, am Lebenshaltungsinde^x gemessen, nicht zu hoch seien. Er setzte sich mit Nachdruck für die Förderung der internationalen Sozialpolitik ein. Im Mittelpunkt seiner Darlegungen stand jedoch die Arbeitslosenversicherung. Er unterstrich die neue Lieblingsidee des Zentrums, wonach Gefahrenklassen geschaffen werden sollen.

Das Zentrum hat ein grosses Interesse daran, den schlechten Eindruck, den der Abbau des Arbeitslosenschutzes durch die Notverordnung seines Kanzlers Brüning bei der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, möglichst zu verwischen. Daher wird von ihm jetzt immer wieder die Konstruktion der Arbeitslosenversicherung angegriffen und daher hat sich nun auch sein sozialpolitischer Führer in Aachen kritisch über diese Konstruktion ausgelassen. Wir haben erst vor kurzem darauf hingewiesen, dass mit der Schaffung von Gefahrenklassen, d.h. mit der beruflichen und bezirklichen Aufgliederung der Arbeitslosenversicherung, wie sie das Zentrum neuerdings fordert, der Arbeitslosenschutz in seinen Wurzeln getroffen wird. Bricht man erst einmal in der Arbeitslosenversicherung mit dem Grundsatz der Solidarhaftung und des beruflichen wie bezirklichen Risiken- und Lastenausgleichs, dann bedeutet das den Anfang vom Ende. Es ist und bleibt eine Ungerechtigkeit, wenn bestimmte Berufsgruppen wie z.B. die Bauarbeiter für die Sünden der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches büssen sollen, indem man ihnen unerträglich hohe Beitragssätze, die sich übrigens auch im Preis und Lohn wieder auswirken müssen, aufbürdet. Bei der Propagierung der bezirklichen Aufgliederung, wie sie im Zentrum vor allem mit Berufung auf Württemberg gefordert wird, vergessen die Kritiker der Arbeitslosenversicherung, dass Zuschussgebiete wie z.B. Bayern, Schlesien und Ostpreussen auch zugleich Gebiete sind, die die Osthilfe in Anspruch nehmen oder beanspruchen. Auf der einen Seite will man diesen Gebieten den Arbeitslosenzuschuss wegnehmen und auf der anderen fordert man für sie besondere Hilfsaktionen des Reiches. Die Herrschaften, die so viel an der Konstruktion der Arbeitslosenversicherung herumdoktern, wissen anscheinend nicht, dass diese Versicherung ein wichtiges Stück Finanzausgleich darstellt. Im übrigen ist auch Württemberg heute bereits Zuschussgebiet, weil auch dort der Arbeitsmarkt sich verschlechtert hat.

Die Frage des Arbeitslosenschutzes, d.h. des Abbaus der Unterstützung interessiert die Arbeitnehmermassen zur Stunde mehr als die mit der Konstruktion der Arbeitslosenversicherung verbundenen Probleme. Herr Dr. Brauns hätte also in Aachen aktuellere, die Volksmassen zur Zeit sehr stark berührende, Fragen erörtern können. Wenn er aber aus begreiflichen Gründen nicht über den Leistungsabbau in der Arbeitslosenunterstützung durch Brüning sprechen wollte, dann hätte er doch wenigstens über andere mit dem Arbeitslosenproblem in Verbindung stehende sozialpolitische Kampfobjekte sprechen können, z.B. über die Arbeitszeit. Die Gewerkschaften fordern seit langem Verkürzung der Arbeitszeit als Hilfsmassnahme gegen die Entlassungswut des Unternehmertums. Diese Arbeits-

zeitverkürzung ist etwas ganz anderes als die heute an allen Ecken und Enden eingeführte Kurzarbeit, wie Drei=Page=Woche und dergleichen, die mit starkem Lohnverlust verbunden ist und vielfach eine versteckte Rationalisierungsmassnahme darstellt. Allgemeine tarifliche Arbeitszeitverkürzung ist jetzt vor allem in einem sehr wichtigen Industriebereich, nämlich in dem der Metallindustrie Nord-West zu einer bedeutsamen Kampffrage geworden. In der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wäre, wie aus den Forderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hervorgeht, eine Arbeitszeitverkürzung wirklich am Platze. Erst vor kurzem ist sogar in bürgerlichen Blättern auf die viel zu lange Arbeitszeit in der westdeutschen Schwerindustrie hingewiesen worden. Auch in den Feuerbetrieben gibt es vielfach Arbeiterkategorien, die länger als 8 Stunden arbeiten. Am 1. Mai des vergangenen Jahres hatten von rund 213 000 Arbeitern in Nord=West die uneingeschränkte 48=Stundenwoche nur 31 909 Arbeiter; 100 029 Arbeiter arbeiteten 52 Stunden, 17 969 = 54 Wochenstunden, 61 461 = 57 Wochenstunden und 1 400 = 60 Wochenstunden. Man sieht, hier ist auf dem Gebiet der Arbeitszeit manches zu tun, und sicherlich hätten es die christlichen Metallarbeiter Herrn Dr. Brauns nicht verübelt, wenn er in Aachen, nachdem er nun schon einmal in der Nachbarschaft sprach, sich auch an die Arbeitszeitfrage erinnert hätte; denn die christlichen Gewerkschaften haben bestimmt nichts dagegen, wenn in der Arbeitszeitfrage manches wieder gutgemacht würde, was durch die mit dem Oeynhausener Schiedsspruch verbundene glorreiche Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums gesündigt worden ist. Jetzt muss doch auch der Reichsarbeitsminister zu seinem Schrecken sehen, dass er die Geister, die er mit dem Lohnabbau gerufen hat, nicht wieder los wird; in Berlin machen ihm diese Geister zur Zeit besonders viel zu schaffen. Hier gehen die Scharfmacher jetzt ganz offen dazu über, ohne jede Arbeitszeitverkürzung von den Angestellten Gehaltsabbau zu verlangen. Der zusammen mit dem Lohnabbau vom Reichsarbeitsminister geforderte Preisabbau, nicht aber eine Preisabbaubewegung, beschert bekommen. Die Dinge sind noch schlimmer geworden, als die sozialdemokratische Kritik bei der Fällung des Oeynhausener Schiedsspruchs prophzeit hatte. Damals wollten sogar demokratische Organe der sozialdemokratischen Arbeiterpresse den Mund verbieten. Sie sagten, wir sollten doch erst einmal abwarten; unsre Kritik sei "voreilig". Leider haben wir nur allzusehr Recht behalten.

Schade, dass Herr Dr. Brauns in Aachen über diese die Arbeiterschaft zur Zeit bestimmte sehr interessierenden Dinge nicht gesprochen hat. Auch die Bergarbeiter, die ja ebenfalls vom Lohnabbau bedroht sind, wären Herrn Brauns sicherlich dankbar gewesen, wenn er etwas weniger über die Arbeitslosenversicherung und etwas mehr über die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit sowie über die Lohn- und Preisfrage gesprochen hätte.

SPD. Die Berliner Metallindustriellen gehen immer rigorosier gegen die Angestellten vor. So ist die Firma R. Stock & Co. Marienfelde dazu übergegangen, kurzerhand bei gleichbleibender Arbeitszeit Gehaltsabbau zu fordern. Die Firma hat 95 Angestellte gekündigt und davon 34 sofort bei Weiterzahlung des Gehaltes entlassen. Der Rest der Angestellten wurde vor die Alternative gestellt, entweder mit geringerem Gehalt weiterzuarbeiten, oder sich als gekündigt zu betrachten. Von einer Arbeitszeitverkürzung ist überhaupt nicht mehr die Rede. Es handelt sich nur noch um eine gewaltsame Erpressung von Gehaltssenkung. Widerstand gegen diese Erpressung wird rücksichtslos mit Entlassung geahndet. Das Allerübelste ist, dass die Firma versucht, die Dinge so zu drehen, als ob die Angestellten, die sich mit dem Erpressungsmanöver nicht einverstanden erklären, selbst kündigt. Mit derartig faulen Manövern möchten die Metallindustriellen ihren Tarifbruch beschönigen.

SPD. Bei der Eisen- und Hüttenwerke A.G. in Bochum, wo etwa 600 Mann infolge der Ablehnung des Akkordtarifs der Werksleitung, der einen Abzug von 14 bis 20 % vorsah, die Arbeit geschlossen niedergelegt haben, ist eine Ver-schärfung der Lage eingetreten. Die Werksleitung hat jetzt Massenentlassungen vorgenommen. Etwa 1300 Arbeiter der Belegschaft sind zur Zeit ausserhalb der Betriebe.

Die Arbeiterpresse des Bezirks warnt vor Arbeitsannahme bei der Eisen- und Hüttenwerke A.G. Die Arbeiterschaft der Blechwalzwerke ist gut organi-siert. Der Werksleitung dürfte es daher kaum gelingen, Arbeitswillige für die Durchführung ihres Lohndiktats zu erhalten.

SPD. Der Gouverneur des Staates New York, Roosevelt, kündigte bei ei-ner Besichtigung des Staatshospitals Port Jefferson vor Tausenden von Ar-beitern an, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Hilfe von Notstands-arbeiten ein Hundert-Dollar-Millionen-Programm aufgestellt werde. Roosevelt forderte gleichzeitig ein verstärktes Notstandsprogramm für die Bundesbehör-den, damit der Notlage des kommenden Winters rechtzeitig vorgebeugt werde.

Roosevelt hat mit diesen Ankündigungen seine Aussichten, bei den kom-menden Gouverneurwahlen wiedergewählt zu werden, günstig gestaltet. Mit dem grossen Notstandsprogramm will er sich die Stimmen der Arbeiterschaft sichern.

+ + +

Auch bei uns hat das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung einen starken Stich Wahlpolitik. Im Augenblick wird allesmögliche versprochen und angekündigt, was durch Reichsbahn, Reichspost und die Gesellschaft für öffent-lichen Arbeiten A .G. zur Belebung des Arbeitsmarktes geschehen soll. Dass kei-ne Wunderdinge zu erwarten sind, da zweifellos normale Beschaffung als zu-sätzliche Arbeit maskiert wird, liegt auf der Hand.

Umso komischer berührt die Befürchtung der Unternehmerpresse, es könne bei der Arbeitsbeschaffung des Guten zu viel geschehen. So schreibt die Köl-nische Zeitung, auch aus den Kreisen der Unternehmer werde jetzt eine Be-schaffungspolitik empfohlen, die ohne Rücksicht auf die wirklichen Erforder-nisse der zu Auftraggebern auserkorenen Körperschaften erfolge, Die Grundsät-ze der Rentabilitätsberechnung müssten auch bei den grossen öffentlichen Un-ternehmungen und Beschaffungshaushalten in Geltung bleiben. Die Privatwirt-schaft habe jetzt zu zeigen, was ihr wertvoller sei: sparsame Wirtschaftsführun-der öffentlichen Hand und deren Betriebe, darüber hinaus gar eine Verminde-rung der Tätigkeit der öffentlichen Hand oder eine opportunistische und unge-sunde Auftragspolitik, die späterhin wieder durch Steuer- und Tarifierhöhung ausgeglichen werden müsse.

Der Staat als Auftraggeber - ein unerfreulicher Anblick für das Unter-nehmertum! Man liebt die Aufträge und verabscheut den Auftraggeber.

SPD. Bemerkenswerte Versuche mit der Fünftagewoche werden im Bericht der englischen Fabrikinspektoren mitgeteilt. Es handelt sich vor allem um Versuche in Maschinen- und Röhrenfabriken. Die Ergebnisse waren vom Stand-punkt der Betriebe aus im allgemeinen befriedigend. Hervorgehoben werden im Bericht zwei Fälle, in denen die Produktion nach Einführung der kürzeren Arbeitszeit stieg, während die Kosten fielen. Bei einer Londoner Baufirma stieg die Produktion um 22 bis 26 %, während die fixen Kosten um 6 bis 7 % heruntergingen. In den meisten Fällen fanden die Versuche in Fabriken statt, deren Arbeiter längere Wege bis zum Arbeitsplatz zurückzulegen haben.

Wirtschaft Technik Handel

Die Industrie der Wunder.

Ein Enqueteband über die chemische Industrie.

SPD. Die schmale Erkenntnisbasis der Industrie der eigentlichen technischen Wunder (Seide aus Holz, Dünger aus der Luft, Farben und Bezin aus Kohle usw.) wird durch einen Band des Enqueteausschusses bereichert (die deutsche Chemische Industrie, Verlag Mittler & Sohn-Berlin), der unter Leitung von Robert Schmidt aus den seit dem Herbst 1928 laufenden Erhebungen und Verhandlungen fertiggestellt wurde.

Ueberraschend ist, dass die deutsche chemische Industrie über 6 200 Fabriken bei gleichzeitig noch nicht 300 000 Beschäftigten zählt, weniger ueber-raschend das Vorherrschen des Grossbetriebes: in 240 Betrieben sind ueber 60 % der Beschäftigten und 80 % der Pferdekraefte, in nur 45 Betrieben sind mehr als 35 % der Beschäftigten und 60 % der Pferdekraefte vereinigt. Die gebietliche Konzentration kommt in der Zusammenballung von 39 % aller Beschäftigten im Rhein=Main=Gebiet und von 25 % aller Beschäftigten in Mitteldeutschland zum Ausdruck. Der Weltkrieg war fuer die chemische Industrie, da sie Zerstörungsmittel herstellte, ein ebenso starker Ausdehnungsanreiz, wie die Reparatur der Zerstörungen nach dem Kriege die chemische Konjunktur von neuem foerderte. Dazu kamen die Mode (Kunstseide) und die erhoehte Koerperpflege (Kosmetika und Arzneien) als Massenerscheinung, die Motorisierung, der Film, das Radio und das Flugzeug, die alle die Entwicklung der chemischen Industrie bereichern mussten. So stieg die Welterzeugung von 1913 bis 1927 von 10 auf 22 Milliarden Mark. Weil aber die Chemie gleichzeitig eine militaerische Angelegenheit ist, entstanden neue Industrien in aller Welt, die zugleich aus nationalistischen Gruenden durch Zollschutz und Subventionen treibhausmaessig gepflegt wurden. Der chemische Aussenhandel und die Preisbildung wurden aufs heftigste davon beruehrt: der amerikanische Anteil an der Weltproduktion stieg 1913 - 1927 von 34 auf 44 %, der deutsche sank trotz betraechtlicher Ausdehnung von 24 auf 16 %. Nur noch ein Fuenftel der Weltproduktion wird infolge der Chemieschutz Zollpolitik international gehandelt: der deutsche Anteil am Chemieaussenhandel der Welt ist aber mit einer Steigerung von 26 auf 28 % von 1927 - 1929 heute noch der grösste, dann folgt Nordamerika mit 16, England mit 14 und Frankreich mit 12 %. Deutschlands grösste Exportgewinne liegen merkwuerdigerweise im fernen Osten: China, Japan, Britisch- und Hollaendisch=Indien haben mit heute 750 Millionen Mark in wenigen Jahren ihren Chemikalienverbrauch verdoppelt. Die grössten Exportverluste hatte Deutschland in Russland und England. Deutschlands grösste Käufer sind Nordamerika mit 148 Millionen, die oesterreichischen Nachfolgestaaten mit 114 Millionen und das kleine Holland mit 108 Millionen. (Was Herr Schiele bei seinem deutsch=finnischen Butter- und Käseunfug wahrlich ein wenig beachten sollte. Red.)

Die chemische Industrie verbraucht in ihren Laboratorien und in ihren ungeheuren Apparateanlagen von allen Industrien sicher den meisten Geist. Der Bericht macht die interessante Bemerkung, dass in der Chemie fuer Rationalisierung im Sinne des Menschenersatzes durch Maschinen naturgemäss, da der Mensch ja fast nur Apparate in der chemischen Industrie zu kontrollieren bzw. Verpackungsmaschinen zu bedienen hat, am allerwenigsten Platz ist. Der reine Lohnanteil wird in der chemischen Industrie hoechstens auf 20 % geschätzt.

Den massenhaften Verbrauch an wissenschaftlichem Geist entspricht aber kaum der wirtschaftliche Effekt. Hinsichtlich der Markenartikel, die eine so grosse Rolle spielen, stellt der Bericht in höflicher, aber scharfer Verurteilung fest, dass das Angebot an pharmazeutischen Spezialprodukten über das tatsächliche Bedürfnis hinaus geht, ohne dass der Wettbewerb die Verbraucherpreise senkt oder die Erzeugerleistung hebt, wobei der Konsument sich nicht einmal über den Wert der Waren ein Urteil bilden kann. Fast sensationell wirkt die Feststellung über die Kartelle in der chemischen Industrie, dass "auf nahezu sämtlichen Gebieten der chemischen Industrie Bindungen zwischen den Werken bestehen, die für die einzelnen Erzeugnisse, unterschiedlich nach Art der Erzeugung des Verbrauchs und anderen Bedingungen, die Preise, Absatzmengen, Absatzgebiete und Herstellungsmengen regeln."

Die chemische Industrie hat in Deutschland den absolut höchsten Anteil von kaufmännischen und technischen Angestellten: 14 % der Belegschaften sind Verwaltungs- und kaufmännisches Personal, 7,4 % sind technisches Betriebs- und Aufsichtspersonal, 23 % aller Beschäftigten sind Frauen; davon sind wieder 80 % ungelernete Arbeiterinnen. Zwei Fünftel aller männlichen Ungelernten sind über 40 Jahre alt, fast drei Fünftel aller weiblichen Ungelernten aber weniger als 25 Jahre.

Der Abschnitt über die Rentabilität der chemischen Industrie gibt einige neue Einblicke. Die gute Konjunktur von 1928/29 kommt in dem Rückgang des Anteils der Anlagewerte gegenüber 1926/27 von 60 auf 50 % der Bilanzsumme zum Ausdruck. Der allgemein sehr gute Stand der Industrie äussert sich in dem ständig rückgängigen Verhältnis der kurzfristigen Schulden gegenüber den Bank- und Kundenforderungen. Der Bericht stellt aber fest, dass auch hinsichtlich der Rentabilität die internationale Ueberexpansion der letzten Jahre besorgniserregend sei.

Ungewöhnlich aufschlussreich und ein erfreulicher Fortschritt sind die Erkenntnisse aus den Anlagen des Berichtes, die eigentlich eine Sammlung von Monographien über die meisten chemischen Grossunternehmungen und Chemiekartelle Deutschlands sind. Besonders die Berichte Boschs und Buebs geben weitergehenden Einblick in die I.G. Farben. Diese Monographien berichten über Produktion, Belegschaft, Kapitalverhältnisse, Auslands- und Inlandsabsatz, Preise, Absatzorganisation und Konventionen der Unternehmungen. Noch einmal kommt einem z.B. in dem Bericht Boschs über die I.G. Farben zum Bewusstsein, wie ungeheuer gross die kartellmässige Preisbindung in der chemischen Industrie ist. Bosch berichtet über ein deutsch-französisches und deutsch-japanisches Farbenabkommen, über das Stickstoffsyndikat, über die deutsche Viscoselkonvention, über Konventionen für Salpetersäure, Kali- und Natronsalpeter, Natriumnitrit, Hirschhornsalz, Salmiak und Harnstoffe; die Riechstoffabteilung der I.G. Farben ist an drei, die Chemikalienabteilung an siebenzehn, die pharmazeutische Abteilung gar an dreiunddreissig Kartellen beteiligt. Wahrlich, eine Fundgrube für die Reichsregierung, um nach Möglichkeiten für die Preissenkung zu suchen - wenn sie es ernsthaft will.

Das grösste Wunder der deutschen Chemie freilich - die Verflüssigung der Kohle scheint tatsächlich dem kapitalistischen Profitloch jetzt entgültig geopfert zu sein. Herr Bosch von der I.G. Farben gibt offen zu, dass die Benzolproduktion aus Kohle kurz über lang zugunsten der Marktherrschaft der amerikanischen Oeltrusts geopfert sein wird. Auch in der chemischen Industrie ist es selbstverständlich, dass der Geist vor dem Profit kapituliert.

SPD. Die Serie der Bankpleiten und Skandale hat sich um die Pleite der Langenberger Bank vermehrt. Die Langenberger Bank ist ein Unternehmen der Gemeinde in Langenberg bei Gera, das sich aus einer Raiffeisenfiliale ent-

wickelte. Die Pleite bekommt ihren Beigeschmack dadurch, dass an dem Verkrachen der Bank Kreise schuld sind, die jahrelang die sozialdemokratische Gemeindefraktion wegen angeblicher roter Misswirtschaft bekämpft haben. Heute stellt sich heraus, dass dieselben Leute, 11 Mitglieder des alten Vorstandes und Aufsichtsrates der Langenberger Bank, diese nicht weniger als um 280 000 Mark angepumpt hatten. Die Konten der einzelnen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder belaufen sich auf rund 70 000 bis 80 000 Mark. Es muss eine Sauwirtschaft bei der Bank geherrscht haben. Wie weiter bekannt wird, haben die Aufsichtsräte gegenseitig Bürgschaft geleistet. Besonders hoch steht der Vorsitzende des Aufsichtsrats, der frühere Schulleiter Philipp, in der Kreide. Dafür hat sich Philipp auch ganz besonders als Wortführer der Bürgerlichen in der Agitation gegen rote Misswirtschaft betätigt.

Die kleinen Sparer bezahlen die Komödie der Irrungen in Langenberg mit etwa 147 000 Mark Spargeldern. Aus diesem Beispiel sollten die kleinen Sparer lernen, dass ihre Sparpfennige in die Kassen der Arbeiterbank und der Konsumvereine gehören.

SPD. Zwischen den beteiligten Gruppen ist in den letzten Tagen das lange Zeit erörterte Maizenaabkommen abgeschlossen worden. Das Abkommen ist eine von jenen Taten des Reichsernährungsministers Schiele, die in aller Stille verrichtet werden und von denen die Öffentlichkeit kaum Notiz nimmt, bis, ja bis die Verbraucher höhere Preise zahlen müssen. In dem neuen Abkommen offenbart sich auch die zwiespältige Haltung der Reichsregierung in der Frage der Preissenkung. Während man im Reichswirtschaftsrat über Möglichkeiten der Preissenkung debattiert, wirkt die Regierung auf wichtigen Gebieten an einer ganz empfindlichen Preissteigerung mit.

Bei dem Maizenaabkommen handelt es sich um die Stärkeherstellung. Stärke wird in Deutschland aus Kartoffeln oder Mais hergestellt. Die Kartoffelstärke geht hauptsächlich in die industrielle Verarbeitung. Aus der Maisstärke bereitet man wichtige Nahrungsmittel, insbesondere Nahrungsmittel für Kinder, Kranke usw.. Die Maisstärkefabrikation liegt fast bis 90 % bei der Deutschen Maizena A.G., die in Barby (Provinz Sachsen) unter Aufwendung beträchtlicher Mittel grosse Anlagen hergestellt hat. Die Regierung gab damals, woran man jetzt wohl erinnern kann, das Versprechen, die Deutsche Maizena A.G. hinsichtlich der Maiseinfuhr zollmässig pfleglich zu behandeln. Kartoffelstärke und Maisstärke haben im Grunde genommen getrennte Absatzgebiete. Es kann allerdings vorkommen, dass die eine Industrie bei entsprechender Preislage in das Absatzgebiet der anderen eindringt. Das kann aber nur ein vorübergehender Zustand sein. Eine eigentliche Konkurrenz bestand nur bei der Bearbeitung auf Glukose (Süsswarenherstellung). Hier sind die Interessen aber durch ein Kartell schon vor Jahren genau abgegrenzt. Ursache für eine Regelung, wie sie jetzt getroffen worden ist, lag also nicht vor.

Schon während der ersten Ministertätigkeit des gegenwärtigen Reichsernährungsministers Schiele bekam die Maisstärkeindustrie empfindlich zu spüren, was die Herren Agrarier unter Wirtschaftspolitik verstehen. Trotz des Versprechens, die Maizena gimpflich hinsichtlich der Zölle zu behandeln, wurde der Höchstsatz bei der Maiseinfuhr gefordert. Das Kabinett Hermann Müller ging gegen diesen Unfug vor und gab bindende Versprechungen, die mit dem noch ausstehenden deutsch-rumänischen Handelsvertrag erfüllt worden wären, wenn Herr Schiele das Ruder nicht abermals in die Hand bekommen hätte. Unter Schiele kam die Errichtung des Maismonopols, dessen Gedanke durch Schiele in einer Ueberhöhung der Maispreise verfälscht worden ist. Selbstverständlich wollte Herr Schiele der Maisstärkeindustrie auch hier die höchsten Preise aufknallen. So sollte z.B. die Maisindustrie für den Mais, aus dem Nahrungsmittel vorzugsweise für

Kinder und Kranke hergestellt werden, einen höheren Preis bezahlen als die bayrischen Bezieher von Auslandsmais, die daraus Spirit produzieren. Dieser Unsinn wurde damit gerechtfertigt, dass man den deutschen Kartoffelbau und die Industrie, die Kartoffeln weiterverarbeitet, zu schützen und zu fördern habe, auch auf Kosten von Kindern und Kranken.

Nach langen Verhandlungen ist der Maisindustrie vom Maismonopol, das für derartige Heldentaten den mitwirkenden Beamten des Reichswirtschaftsministeriums aussergewöhnlich hohe finanzielle Zuwendungen zuschanzt, ein Preis mit dem geltenden Zoll von 25 Mark zuzüglich 7 Mark für Unkosten des Maismonopols gewährt worden. Dafür nimmt die Deutsche Maizena A.G. der deutschen Kartoffelstärkeindustrie für die Monate August und September 70 000 Doppelzentner Kartoffelstärkemehl ab und in der bevorstehenden Kampagne 1930/31 weitere 180000 Doppelzentner. Das ist eine glatte Subvention an den Kartoffelbau und an die Kartoffelstärkeindustrie.

Machen wir uns die Auswirkungen dieses Abkommens klar: Das Maismonopol verzichtet gegenüber der Maizena auf den anfänglich geforderten überhöhten Maispreis. Dieser Verzicht geht zu Lasten der Reichskasse. Die Gelder, die der Reichskasse aber verloren gehen, zahlt die Maizena durch die Abnahmeverpflichtungen von Kartoffelstärkemehl tatsächlich an die Kartoffelstärkeindustrie und den Kartoffelbau. Die Maizena muss diese Gelder irgendwie hereinbringen. Also wird sie die Preise für Nahrungsmittel erhöhen. Andererseits ist das bisschen Konkurrenz zwischen Kartoffelstärkeindustrie und Maisstärkeindustrie jetzt völlig ausgeschaltet, was zur Folge hat, dass die Preise schon in den letzten Tagen ganz beträchtlich angezogen haben.

So sehen die Taten der Preisabbauregierung aus. Diese Regierung schafft Kartelle, erzwingt Preissteigerungen und zahlt noch drauf.

SPD. Im rheinischen Industriebezirk ist demnächst mit einer starken Stillegung von Waggonfabriken zu rechnen und zwar hängt die neue Stillegungsaktion mit der Umgruppierung in der westdeutschen Waggonindustrie zusammen. In Frage kommen der Ostwaggonkonzern (Linke-Hofmann-Busch) und der Westwaggon. Strittige Objekte waren die Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg und die Waggonfabrik Schöndorff. Jetzt ist eine Einigung dahin zustande gekommen, dass Ostwaggon Fuchs an den Westwaggon abtritt, während Ostwaggon Schöndorff übernimmt. Infolge dieser Vereinbarungen werden die Kölner Waggonfabrik Herbrandt, die zum Ostwaggon gehört und gut beschäftigt ist, und die Waggonfabrik Weyer - Düsseldorf stillgelegt werden. Die viel umstrittene Eisenbahnquote bleibt jedoch in den betroffenen Städten Köln und Düsseldorf.

SPD. Die bekannte Autofabrik Bernh. Stöwer A.G. in Stettin, die auch Nähmaschinen und Fahrräder herstellt, hat ihre Zahlungen eingestellt, nachdem sie bereits mehrere Sanierungen hinter sich hat. Zu den Geldgebern der Firma gehört u.a. die Stadt Stettin.

SPD. Die Eisenpreise sind abermals ermässigt worden. Leider handelt es sich nicht um die deutschen Eisenpreise, sondern um die französischen Preise für Halbzeuge. Das in Frage kommende Kartell hat nämlich beschlossen, die Inlandspreise für Halbzeug um 25 Franken pro Tonne herabzusetzen. Das deutsche Eisenkartell denkt nicht daran.

Amerikanische Dürre.

(Berliner Getreidebörse vom 6. August.)

SPD. Die Weizennotierungen am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse lauteten am Mittwoch merklich fester. Es scheint, dass die amerikanischen Meldungen über enorme Dürreschäden doch Einfluss auf die Stimmung gewinnen. Dagegen blieb die Tendenz für prompten Weizen nur eben stetig. Das Angebot hatte sich stark vermehrt, während die Mühlen für sofort greifbare Ware nur noch wenig Kauflust zeigen. In promptem Roggen war das Angebot weniger umfangreich. Die Preise blieben daher hier wie auch im Zeithandel behauptet. Am Mehlmarkt machte sich nur Interesse für altes Weizenmehl bemerkbar, für das Aufgelder bewilligt werden. Roggenmehl fand wenig Beachtung. Hafer blieb gut behauptet, Gerste fast ohne Umsätze.

	5. August (ab märkische Station in Mark)	6. August
Weizen	244 - 247	241 - 244
Roggen	158 - 160	158 - 159
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	175 - 198	178 - 198
Hafer	180 - 188	180 - 188
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	30,00 - 37,50	29,50 - 37,00
Roggenmehl	22,50 - 25,00	22,50 - 25,00
Weizenkleie	9,65 - 10,00	9,50 - 9,80
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,50 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 258 $\frac{1}{2}$ -260, Oktober 260 $\frac{1}{2}$ -262, Dezember 267-270, Roggen September 172 $\frac{1}{2}$ -173 $\frac{1}{2}$, Oktober 175 $\frac{1}{2}$ -176 $\frac{1}{4}$, Dezember 185 $\frac{1}{4}$ -186 $\frac{1}{4}$. Hafer September 180-181 $\frac{1}{2}$ Geld, Oktober 184-184 $\frac{1}{2}$, Dezember 187 $\frac{1}{2}$ -188 $\frac{1}{4}$.

SPD. Der Reichsverband freier Schrotthändler wendet sich mit einem Schreiben an das Reichsbahn-Zentralamt, das einen wertvollen Beitrag zu dem Kapitel Eisenpreisskandal darstellt. In der Eingabe heisst es u.a.:

"Die rheinisch-westfälischen Szahlwerke kaufen heute Stahlschrott frei Werk für 42 Mark bis 43 Mark pro Tonne. Die mitteldeutschen Werke zahlen dem Schrottabgeber noch weniger, z.B. zahlen die Mitteldeutschen Stahlwerke, Abt. Weberwerk, Brandenburg, für das Material bei einem Kernschrottpreis von 33 Mark ab Berlin 37,10 Mark (33 Mark plus 4,10 Mark Fracht), das Stahl- und Walzwerk Henningsdorf bei einer Fracht von 2,30 Mark ab Berlin 35,30 Mark frei Werk und das Lauchhammerwerk in Riesa bei einer Durchschnittsfracht von 4 Mark ab Dresden ca. 37 Mark frei Werk. Durch Bezug und Verbrauch der minderen Sorten, wie Drehspäne, Blechschrott etc. ermässigt sich der Durchschnittspreis frei Werk noch weiter, Der Stabeisenpreis beträgt immer noch 137 Mark pro Tonne. Bei dieser Notierung für Stabeisen macht der Schrottpreis 25,5% bis 30% des Stabeisenpreises aus gegenüber einer Vorkriegsrelation von 45-50%. Bei den derzeitigen Schrottpreisen dürfte es unseres Erachtens durchaus möglich sein, eine weitere erhebliche Ermässigung der Neueisenpreise eintreten zu lassen, woran die Reichsbahn als grösster Eisenverbraucher und gleichzeitig auch als grösster Schrottabgeber ein doppeltes Interesse hat. Ein entsprechendes Vorgehen der Reichsbahn würde für die gesamte Volkswirtschaft vorteilhaft sein, eine Belebung der Wirtschaft zu bringen, die Beförderung heben und die Arbeitslosigkeit vermindern."

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 6. August 1930

Schöne weite Welt.^x

Eine höchst internationale Feriengeschichte,
Von John K. Newnham (London)

SPD. Mr. Sam Smith war, obwohl sein Vorname nicht darauf hindeutete, ein Engländer. Ja noch mehr, er war ein richtiger, waschechter, gebürtiger Londoner.

Aber zur Zeit weilte Mr. Sam Smith fern von seiner Vaterstadt. Er sass auf einer Kaffeehausterrasse im geräuschvollen Ostende und verleibte sich mit sichtbarem Behagen ein riesiges Glas Pilsnerbier ein.

Ihm gegenüber hatte ein breitknochiger Mann mit grossen Hornbrillen, eine mächtige Zigarre zwischenden kräftig entwickelten Zahnreihen haltend, Platz genommen. Es bedurfte keines Sherlock Holmes und auch keiner Frau, um zu erraten, dass er Amerikaner war.

Und als er sich zu der Eröffnung entschlossen, dass sein Name Silas P. Schligs laute, begriff sogar Mr. Sam Smith, dass sein Gegenüber aus den Vereinigten Staaten stammte.

"Wir sind wohl hier beide in der Fremde, he?", begann Mr. Silas P. Schligs die Unterhaltung.

Sam nickte.

"Ja, meinen Urlaub verbringe ich immer ausserhalb Englands", sagte er. "Fünzig Wochen im Jahr komm' ich nicht aus London heraus. Während der verbleibenden zwei Wochen halte ich mich immer auf dem Kontinent auf."

"Klug gedacht", stimmte Silas P. zu, "nichts bildet so den Geist wie Reisen. Wohl viel herumgekommen, he?"

Sams Augen leuchteten.

"So ziemlich! Ich denke, dass ich mindestens ebensoviel weiss, wie in den Reisehandbüchern steht." Er zog eines aus der Tasche. "Und Sie? Kennen Sie den Kontinent?"

"Recht gut", sagte der Amerikaner. "Besonders in Paris bin ich sehr gern".

"Ah! Also auch Sie? Ich war vielleicht schon ein Dutzend Mal in Paris. Kennen Sie die Place d'Opera?"

"Und ob."

"Wunderschöner Platz. Und den Arc de Triomphe! Ist er nicht herrlich? Und sicherlich haben Sie auch Notre Dame, die Bastille, den Eiffelturm und das Grabmal Napoleons gesehen?"

"Freilich", sagte Silas, "und auch den Louvre, Waren natürlich auch dort, he?"

"Versteht sich", antwortete Sam. "Stunden und Stunden habe ich dort verbracht. Es gibt keinen zweiten Louvre auf der Welt. Nur einzutreten braucht man und weiss, was Kunst ist. Jeder fühlt sich dort als Künstler."

"Schon in Wien gewesen, he?" fragte er.

Sam trank sein Bier aus und bestellte ein zweites Glas.

"Wien!", rief er aus und sah wie ein Fremdenführer drein, "das will ich meinen! Das fröhliche schöne Wien mit seinem Grinzing und den Wäschermaids... Auch der Krieg hat dieser Stadt nichts von ihrem Liebreiz und ihrer Romantik genommen. Wie oft stand ich am Strande der Donau..."

"Ja, sehr nette Stadt", unterbrach ihn Silas P. Schligs, "auch im Prater gewesen?"

"Einigemale. Schönster Vergnügungsgarten der Welt. Sie müssen wissen, dass ich Wien besonders liebe. Ueberall geschichtliche Denkwürdigkeiten. Schuberts Haus zum Beispiel. Waren Sie je dort?"

"Sicher", antwortete Silas P. kurz, "aber persönlich ziehe ich Berlin vor. Viel grosszügiger."

"Ah! Der Reichstag, das Planetarium, der Zoo, Kurfürstendamm, Lunapark...", überstürzte sich Sam und schloss in der Erinnerung die Augen. "Auch eine schöne Stadt. Waren Sie schon in Potsdam?"

"Einmal. Sehr hübsch."

"Wunderschön", sagte Sam.

"Aber in New York waren Sie wohl noch nie?" fragte nun Silas.

Sam schüttelte sein Haupt.

"Nein. Nicht meine Sache, so vierzehn Tage über den Ozean zu fahren".

"Sonderbar, dass Sie noch nie meine Vaterstadt gesehen haben", bemerkte Silas, "aber schliesslich war ich auch noch nie in London. Diese Woche fahre ich hin. Sehr froh, dass ich Sie treffe. Können mir sicher gute Winke geben, he? Nun, was empfehlen Sie? Was ist eigentlich mit St. Paul's?"

Sam Smith sah ratlos drein.

"Weiss nicht", gestand er, "nie dort gewesen."

"So... Und wie ist der Tower?"

"Keine Ahnung".

"Und was ist mit dem British Museum, der Erinnerungssäule, der Tata Gallery? Dort waren Sie doch sicher, he?"

"Irrtum! Nie gesehen", sagte Sam, "ich habe das ganze Jahr bis zum Hals genug von London, brauch' nicht noch in Museen zu gehen... Also, um auf Prag zu sprechen zu kommen..."

(Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Englischen
von Leo Korten.)

Börsen=Meyers Hakenkreuz.

Zu Mahrauns Uka über "Jungdo und
Judenfrage".

Heil, Erich Koch-, grüss Gott, Herr Meyer,
Jetzt ist es Euch wohl endlich klar,
Dass Artur, Euer Jundo=Freier,
Ein Seitensprung, "in Ehren" war! -

Er ist ein Ausbund teutscher Klarheit
Und sagt es einmal hin und her,
Er tarnt sie leicht, die schlichte Wahrheit,
Er möchte gern-, er kann nicht mehr!

Denn einesteils sind die Semiten
Ein Dorn im blauen Auge ihm
Doch, bis die Ehe nicht geschieden
Wird Meyer Jundo - Cherubim!

Vom blonden Scheitel bis zum Fusse
Fühlt man sich völkisch-national,
Das Hakenkreuz schlägt durch die Bluse
Man seufzt verschämt-, ein andermal! -

Das schönste Ideal auf Erden
Ist doch der Arierparagraph
Wenn er auch manchen Kampfgefährten
Ins rassefremde Herze traf. -

Nichts will ich gegen Artur sagen
Denn jedem Juden stellt er frei
Sein Bargeld zu ihm hinzutragen,
Zu ihm und seiner "Staatspartei"! -

Ein Bund, wie er noch nie erfunden
Stolz kann er in die Zukunft schau'n -
In Hakenkreuze eingebunden,
Halb Börsen-Meyer, halb Mahraun! -

Kuka.

Besuch bei den Hohenzollern.^x

SPD. Die Reichshauptstadt besitzt so viele Museen, dass es wenige Berliner geben dürfte, die jedes einzelne kennen. Hinzu kommt, dass die Einheimischen das meist den Fremden überlassen mit der Begründung: Da kommen wir immer noch hin - und mit dem Erfolg, dass sie nie hinkommen. Museen, die jeden Tag, auch Sonntags, Eintritt verlangen - und sei es auch nur eine halbe Mark - sind von vornherein unpopulär. Und dann noch "Hohenzollernmuseum" - das erweckt üble Erinnerungen an die Schulbank, auf der man die Verehrung für das "angestammte" Herrscherhaus eingebläut bekommen hat.

Man sollte sich trotzdem überwinden, dem Schösschen Monbijou, in dem das Hohenzollernmuseum schon lange vor der Revolution untergebracht worden ist, einen Besuch abzustatten. Man wird mehr darin entdecken als nur den patriotischen Kitsch, den man erwartet. Hätten die Hohenzollern die Pietät, die sie stets im Munde führten, in die Tat umgesetzt, dann wäre dieses zierliche Lustschloss, das im 18. Jahrhundert noch ausserhalb der Stadt lag, als ein wahres Barockjuwel erhalten geblieben. Aber man hat den schönen alten Park erbarmungslos verbaut, so dass der einstöckige Schlossbau wie erdrückt aussieht zwischen den modernen Nachbarhäusern; die ehemals so grossartige Anlage an der Nordseite, die sich mit Freitreppen nach der Spree hin öffnete, ist kaum mehr zu erkennen. Das Schösschen selber hat eine lieblose graue Tünche bekommen und verrät kaum mehr etwas von seiner ursprünglichen Heiterkeit, wie sie aus alten Stichen zu erkennen ist. Nur der Ungersche Portalbau von 1789, der sich, ein letzter Ausklang des Rokoko, mit seinen schlanken jonischen Säulen wirkungsvoll vorschwingt, ist in seiner ehemaligen Gestalt erhalten geblieben.

Zweifellos hat dieser ganze niedrige, langgestreckte und beinahe unübersichtliche Bau, ein einziges grosses Gartenhaus sozusagen, aus dem man unmittelbar ins Freie treten konnte, Friedrich dem Zweiten vorgeschwebt, als er Sanssouci baute. Monbijou war ihm teuer als Witwensitz seiner Mutter, die er hier besuchte, so oft er nach Berlin kam. Hier wohnten auch seine Schwestern vor ihrer Heirat; hier traf sich heimlich Friedrich von der Trenck mit seiner geliebten Prinzessin Amalie. Es ist ein rechtes Frauenschlösschen gewesen: erbaut hatte es Friedrich I. zu Beginn des 18. Jahrhunderts für seine Mätresse, die Gräfin Wartenberg. Seine Räume mögen damals allerhand intime Szenen erlebt haben, denn diese Frau war nicht eben wählerisch in ihren Neigungen. Eine Bürgerstochter vom Rhein, war sie als Gattin eines Kammerdieners an den

Berliner Hof gekommen und dort nacheinander die Geliebte und Gattin des Kammerherrn Kolbe von Wartenberg geworden, eines jener drei "Wehe", die den gekrönten Schwächling umgarnen - Wartenberg - Wartensleben - Wittgenstein - und von dem eigenen Gatten wie von einem Zuhälter dem König zugeführt worden. Was sie aber keineswegs hinderte, mit dem englischen Gesandten ein Verhältnis anzufangen und ihm alle preussischen Staatsgeheimnisse auszuliefern. Später hat sie sich heftig für August den Starken von Sachsen interessiert und hat in Paris als Allerweltsdirne ihre Tage beschlossen.

Der Name "Hohenzollernmuseum" ist irreführend, weil die Gegenstände nur die Königszeit umfassen. Einzig der Grosse Kurfürst erinnert an eine frühere Periode. Er sitzt in Lebensgrösse in einem grünsamtnen Wams und roten Juchtenstiefeln in keineswegs fürstlicher Haltung in einem Glaskasten; ausser einer ungewöhnlich langen, dicken Nase weit das Gesicht nichts Besonderes auf. Aber auch das des Renommierhohenzollern nicht, des Alten Fritzen, der mit ihm das Wachsfigurenkabinett teilt. Das Auge ist bei weitem nicht so strahlend und adlergleich, wie wir es von Menzel her kennen. Am kläglichsten aber wirkt die Kostümpuppe, die den ersten Preussenkönig vorstellt. Ein schwächtiges Männchen - Friedrich I. war verkrüppelt wie Wilhelm II., der auch sonst grosse Aehnlichkeit mit diesem gekrönten Komödianten aufwies - sitzt da mit einem hilflosen, blöden Lächeln im Gesicht. So haben die Zeitgenossen den Monarchen gesehen, der, ein willenloses Werkzeug in den Händen elender Schmeichler und Intriganten, seinen Bismarck, den Grosskanzler Eberhard Danckelmann, nicht allein gestürzt, sondern jahrelang eingekerkert hat, der seine Armee ans Ausland vermietete, um die Riesensummen für seinen geradezu irrsinnigen Hofprunk aufzubringen, und der trotzdem noch seinen Staat bis hart an den Abgrund regiert hat.

Diese drei Wachspuppen sind wahrhaftig keine Empfehlung für den monarchischen Gedanken. Alte eingemottete Popanze, nichts weiter. Schauerlich geradezu nebenan die Kinderpüppchen: Sechs kleine Geschöpfe, mit Federhüten, Ordensbändern und Spitzenkleidchen geschmückt, mit zwergartig hässlichen, alten Gesichtern. Das sind Kinder Friedrichs I., von denen keine ein Alter von zwei Jahren erreicht hat. Jene finsterste Periode in der Geschichte dieser Dynastie steigt vor uns auf, in der die Stiefmutter des Kurprinzen, Dorothea von Holstein, mit Gift gegen die Nachkommenschaft des Grossen Kurfürsten aus seiner ersten Ehe gewütet hat. Der älteste Prinz, Karl Emil, sowie die erste Gemahlin des zweiten, Elisabeth Henriette von Hessen-Kassel, sind an Gift gestorben. Das dritte Opfer war der jüngere Bruder des Kurprinzen, Ludwig, und Friedrich selber wurde von Danckelmann nur dadurch gerettet, dass er nach dem Genuss von vergiftetem Kaffee ein Brechmittel bekam. Friedrich ist vor seiner Stiefmutter zweimal geflohen. Auf der Reise nach Hannover, wo seine zweite Gemahlin, Sophie Charlotte, ihre Niederkunft erwarten wollte, gebar sie im Hause eines Schulmeisters einen toten Knaben. Die Geschichte hat auffallende Aehnlichkeit mit der des badischen Hofes zu Beginn des 19. Jahrhunderts, mit der Kaspar Hauser als beseitigter Thronerbe in Verbindung gebracht wird. Es wäre nützlich, solche erbauliche Geschichtchen in die Schullesebücher zu bringen.

Von dem unerhörten Prunk, mit dem der preussische Königshof sich damals umgab, und der nach dem Sparsamkeitsintermezzo Friedrich Wilhelms I. unter Friedrich II. wieder auflebte, geben die geschnitzten und vergoldeten Schlitten und Staatskarossen Kunde. Kein Geringerer als Schlüter hat einige von diesen mit Tieren oder antiken Götterfiguren verzierten Schlitten, die immer nur für eine Person und den Kutscher bestimmt waren, angefertigt. Bei den friederizianischen Reisekutschen - frühere gibt es hier nicht - ist das Missverhältnis des kleinen Kastens, der in Riemen hängt, und des riesigen Rädergestells auffallend: man musste eben mit dem elenden Zustande der Landstrassen rechnen, in deren Schlamm die Räder nur allzuleicht einsanken. Eine von diesen schwerfälligen, goldstrotzenden Karossen, in der Zeit Friedrich Wilhelms II.

erbaut, ist immer wieder einmal aufgepolstert worden - zuletzt hat sie bei Viktoria Luisens Hochzeit mit dem Braunschweiger als Brautkutsche gedient. Pferdgeschirr, Lakaienuniformen: alles ist noch da, ganz frisch und nicht so verdreht und von Motten zerfressen wie der Grenadier vom Regiment von Kleist oder die Uniform des Fridericus, "unsres Königs und Herrn".

Es gibt natürlich, wie sich das für die preussischen Monarchen von selbst versteht, unendlich viel Soldatenmodelle und Uniformen - auch die Husarenuniform, in denen das fröhliche Luischen noch vor der Schlacht von Jena im Feldlager herumritt, ohne zu ahnen, welche Märtyrerrolle ihr die Hofgeschichtsschreiber einmal andichten würden. Hauchdünne Spitzenkleidchen hat sie besessen, während die Königin Elisabeth, Gemahlin Friedrich Wilhelms IV., mit ihrem Hochzeitsstaat vertreten ist, grauer Atlas mit Silberstickerei, die Schleppe unendlich. Die Kleider waren ja auch das Wesentliche an diesen Majestäten, das Zeremoniell erstickte den Menschen. Der "schlichte" und "sparsame" Friedrich Wilhelm III. prangt in den Ordensgewändern des französischen "Heiligen Geistesordens" und des englischen, bedeutend einfacheren, aber immer noch reichlich theatralischen "Hosenbandordens". Die Herrschaften müssen in diesen Gebirgen von Samt und gestickter Seide schier erstickt sein. Wilhelm II. schießt den Vogel ab mit einer ganzen Kammer exotischer Kostüme, in denen er als Türke, Mongole, Abessinier auftritt. Schade, dass sie ihn nicht auch als Botokuden kostümiert haben. Die Prinzessinnen von anno dunnemals haben nichts als ihre Hemden geschickt.

Es ist ein merkwürdiges Sammelsurium von lächerlichem Theaterkitsch und edelstem Kunstgewerbe. Weit aus das beste haben die beiden welfischen Prinzessinnen beige-steuert. Die grosse Galerie, die in keinem Barockschloss fehlen darf, birgt eine unerhörte Kostbarkeit: einen Teil jenes Porzellanschatzes, den die Londoner Kaufmannschaft der Prinzessin Sophie Charlotte als der Tochter des Königs Georg I. von England zur Hochzeit geschenkt hat. Jedes Stück, selbst das winzigste Schälchen, steht auf einer eignen holzgeschnittenen, vergoldeten Konsole. Der Rest der Porzellansammlung, die ausser der Dresdner in Europa nicht ihresgleichen haben dürfte, ist in der gleichen geschmackvollen Weise im Charlottenburger Schlosse aufgestellt. Erlesene Stücke chinesischen Porzellans, auch chinesischer Kleinplastik, findet man in den anstossenden Gemächern der Sophie Dorothea, die sich ihren Witwensitz zu einem wahren Kunstwerk ausgestaltet hat. Es sind drei Räume und ein kleines Theezimmer, von denen wiederum das holzgetäfelte den Preis verdient. Sie erinnern an die vollendete Raumkunst von Sanssouci.

Von Fridericus sieht man verhältnismässig wenig, Zeichnungen zu Gebäuden und seine Flöten. Das schauerliche Marmorbildwerk, mit dem Wilhelm II. sein Sterbezimmer in Sanssouci verunziert hatte, ist hier hereingekommen. Mit der Luise wird ein wahrer Kult getrieben - ein Abguss ihres Grabmals in Charlottenburg ist wie ein Panoptikumsstück zu sehen. Ihre Harfe, ihre Kinderwiege - obwohl sie die Zeitgenossen als eine "schlechte Mutter" bezeichnet haben - ein "Reisejournal meiner Ausgaben" - dabei war sie eine Verschwenderin. Dann allerlei handromantischer Ritterkram. Wahre Schreckenskammern sind die ersten, mit Geschenken an Wilhelm II. gefüllten Zimmer. Eines voll silberner Schiffsmodelle, dann Türme, Schreine, Ehrentafeln, ein Münchner Kindl: alles aus Elfenbein, Gold, Edelsteinen, Adressen der chinesischen Regierung, der jüdischen Gemeinde Jerusalem, der amerikanischen Friedensgesellschaft (ein Jahr vor dem Krieg!). Warum hat man diesen kostspieligen Tinef nicht schon längst eingeschmolzen? Noch ist es Zeit...

Hermann Hieber.

Die Mysterien der Edelsteine.^x

Von Willy Ley.

SPD. Es gibt zwei Dinge, die seit Urzeiten immer wieder das Grüblerische im Menschen erregt haben und die deshalb ununterbrochen von Mysterien umkleidet waren und wurden.

Das erste ist der Sternenhimmel. Dass es sich da nicht nur um schlecht-brennende Nachlichter handeln konnte, sah man ein, - dass es sich um andere Welten handelt, wusste man noch nicht; und so wurde die Astrologie geboren. Gute und böse Geister mussten dort auf den einzelnen Sternen sitzen, Helden und Heilige des eigenen Volkes wurden auf die Sterne versetzt, von dort weiter die eigenen Geschicke hilfreich zu lenken und dem Feinde zu schaden.

Das zweite waren seltene und darum auch etwas seltsame Steine, die man in bestimmten Gegenden manchmal fand. Zuerst nur als Schmuck gebraucht, wurden die Edelsteine allgemach auch zum Zaubermittel. Böse und gute Kräfte schrieb man ihnen zu und so war die Brücke vom Stern- zum Steinglauben gegeben, die einzelnen Planeten erhielten eigene Steine, - Mars, der Kriegsplanet z.B. Hämatit und Blutjaspis, - ebenso die einzelnen Zeichen des Tierkreises. Welcher Stein zu welchem Stern gehörte, ist nicht immer ganz sicher, unsere Astrologen sind sich bis heute darüber noch manchmal uneins. Jedenfalls schrieb man bald verschiedene Bücher über die Kräfte der Halbedelsteine, von Anselm Boece de Boot, dem Leibarzte Maximilians II. stammt ein förmliches philosophisches System der Edelsteine, von einem apokryphen jüdischen Gelehrten, den man Tethel nennt, ein Buch über das Einschneiden von heilkräftigen Amuletten in die richtigen Steine, - d.h. in die Steine, die zu den richtigen Planeten und Tierkreiszeichen gehören. Durch das Tethelsche Buch kamen die Edelsteine dann auch in die Marienverehrung hinein, der fromme und gelehrte Domherr von Regensburg, Konrad von Megenberg dichtete etwa um 1340 herum zu Ehren der Jungfrau Maria einen lateinischen Lobgesang, in dem er jeden Edelstein mit einer der Tugenden der Himmelskönigin vergleicht.

Der König der Edelsteine war nach damaligem Glauben, genau so wie nach heutigem, der sich aber auf Börsenkurse stützt, der Diamant, als Stein der unbestechlichen Wahrheit der Sonne geweiht und als Medizin unbedingt tödlich, weil der Mensch so viel Wahrheit nicht vertragen kann. Als Amulett aber konnte man ihn gebrauchen, er half dann gegen Gifte, Seuchen und Zauberei. Er verlieh Kraft, bannte böse Geister, machte jede Lüge offenbar, besonders die Untreue der Frau und hatte bei guter Behandlung noch den Vorzug, Junge zu bekommen.

Vor Gift schützte auch der Rubin, er verlor im Dunkeln seine Leuchtkraft, wenn seinem Besitzer Gefahr drohte; verhielt sich also ähnlich wie der Smaragd, der zerfiel, wenn die Kraft der feindlichen Macht, die seinem Besitzer schaden wollte, grösser wurde als seine eigene. Genau so wie der Rubin, so verhielt sich auch der Topas, der die Schlaflosigkeit und das Asthma zu heilen vermochte. Verliebte Gedanken und Skorpionenstiche wurden vom Achat gedämpft, Trunkenheit und andere Unmässigkeiten vom Amethyst. Der Amethyst galt fernerhin als "Stein der Nichtliebe", im Gegensatz zum Türkisen, dem Stein der Zwillinge. Zwei in Silber gefasste Türkise schützten zu Lande vor Wegelagerern, auf See gaben Aquamarin und Beryll gute Fahrt. Der Hyazinth schützte vor Blitzschlag und Hexenkünsten, andererseits half der Heliotrop kräftiglich, wenn man etwa selbst eine Beschwörung vorhatte. Mit dem Heliotrop konnte man sich auch unsichtbar machen, während die Zauberkraft des Bergkristalls nur zur Herstellung fernsehender Zauberspiegel ausreichte.

Die Redner trugen Karneole bei sich, da er freie Rede gab, was heute von vielen auch ohne solche Hilfsmittel erreicht wird, da die Entwicklung der Menschheit bekanntlich fortschreitet.

Gegenüber diesen guten Steinen musste es natürlich auch ein paar Unholde geben, das waren Onyx und Selenit.-

Das alles wurde also einmal wirklich geglaubt, die Beobachtung, dass es nicht eintraf, was man wünschte und hoffte, änderte garnichts daran. Daß war dann entweder Gottes Wille gewesen oder die feindlichen astrologischen Einflüsse hatten sich als stärker erwiesen, -- dass die Edelsteine alle diese Eigenschaften garnicht hatten, darauf kam niemand. Johannes Kepler hat selbst noch sagen müssen: "Wenn das raten auf gleich und gleich gerichtet ist, dann treffet man für gewöhnlich auf den halben teil und fählet auf den halben teil. Das Fühlen vergisst man nach der weiber art, das treffen aber behält man, also bleybet der Astrologus bey Ehren".

Ab und zu kam es jedoch vor, dass sich die Kräfte eines Steines änderten. Der Opal galt lange als Träger alles Glückes, weil er Träger aller Farben ist, nur musste er geschenkt sein, das war die einzige Bedingung. Im vierzehnten Jahrhundert schlug die Meinung plötzlich um, der Rabbi Benoni erklärte, dass der Opal Zwietracht zwischen dem Beschenkten und dem Schenkenden säe, vor allem und gewisslich dann, wenn es sich um Liebende handelt.

Tatsächlich hatte man auch jahrhundertlang, als man den Steinglauben schon lange überwunden hatte, eine Abneigung gegen Opale, genau so, wie man halb scherzhaft sagt, dass Perlen Tränen bedeuten (es wird behauptet, besonders dann, wenn sie unecht und schlecht imitiert sind). Seit einigen Jahren aber dürfte der Opal bei denen, die Zeit und Geld für Edelsteine haben, wieder erlöst sein, er war vorübergehend sogar grosse Mode. Ob nun der Aberglaube der Reichen geschwunden ist, ob der Stein doch noch irgendwie erlöst wurde, oder ob man jetzt gar Unglück in der Liebe nicht mehr so tragisch nimmt, das weiss ich allerdings nicht.

Der Psalter Davids.^x

Ein ukrainisches Märchen.

SPD. König David war eben mit dem Psalter fertig; nur der letzte Satz fehlte ihm noch. Er sann nach; die Worte lagen ihm schon auf der Zunge, die Kröten aber störten ihn mit ihrem Quaken. Lange liess er sich das gefallen und kratzte sich mit der Feder hinter dem Ohr. Plötzlich riss ihm die Geduld.

"Hört doch auf, verfluchtes Pack! Ihr stört mich doch, den Psalter Gottes zu beendigen!"

Die Kröten gaben zur Antwort: "Warum schimpfst Du uns? Jede Kreatur lobt Gott!"

"Recht habt ihr!" antwortete König David, schloss mit diesen Worten den Psalter und segnete die Kröten.

(Deutsch von S. Borissoff.)

SPD. Der Mond und der Amtsschimmel.^x Mein Freund Max wohnte eine Zeitlang in einer winzigen pommerschen Kleinstadt.

Eines Tages beschwerte er sich bei dem Bürgermeister über die Beleuchtungsverhältnisse.

"Manchmal brennen abends die Strassenlaternen, manchmal nicht", beklagte er sich. "Heute z.B. brennen sie nicht. Was hat denn das für einen Grund?" "An den Mondnächten sparen wir die Beleuchtungskosten", erklärte der Bürgermeister. "Aber heute ist doch bewölkter Himmel! Das ist doch kein Mond zu sehen!" -- "Gewiss, aber verwaltungstechnisch ist heute Mondnacht."